

Gefahrengebiet – Presse

01-2014

Jeder kann durchsucht werden.....	1
Polizei erklärt Teile Hamburgs zum "Gefahrengebiet"	3
Verfehlte Symbolpolitik in Hamburg: Panzer statt Hirn	5
Polizei reagiert auf Attacken: Der Kiez wird zum Gefahrengebiet!.....	7
5 wirklich gefährliche Gefahrengebiete. Satire	10
"Klo, Klo, Klobürsteneinsatz"	12
AG Kritischer Polizisten (Hamburger Signal).....	14
Polizeipresseportal und anderes.....	16

Polizeirecht und Gefahrengebiete

Jeder kann durchsucht werden

Die Ausweisung von Gefahrengebieten ist eine Hamburger Spezialität. Umstritten ist jedoch, ob die Befugnis mit dem Grundgesetz vereinbar ist.



05.01.2014

FREIBURG taz | Die Einrichtung von Gefahrengebieten, in denen Bürger verdachtsunabhängig kontrolliert werden können, ist seit 2005 im Hamburger „Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei“ geregelt. Damals ging es vor allem um die Verdrängung der offenen Drogenszene in Hamburg.

In anderen Bundesländern sind verdachtsunabhängige Kontrollen in der Regel nur an einzelnen „gefährlichen Orten“, in Verkehrsanlagen sowie an Kontrollstellen und im Grenzgebiet zum Ausland möglich.

Konkret heißt es im Hamburger Gesetz: „Die Polizei darf im öffentlichen Raum in einem bestimmten Gebiet Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen, soweit auf Grund von konkreten Lageerkennnissen anzunehmen ist, dass in diesem Gebiet Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden und die Maßnahme zur Verhütung der Straftaten erforderlich ist“ (§ 4 Abs. 2).

Eine richterliche Anordnung zur Ausweisung eines Gefahrengebiets ist nicht erforderlich. Die Maßnahme muss auch nicht zwingend öffentlich bekannt gemacht werden. Eine genaue zeitliche Befristung ist ebenfalls nicht vorgesehen. Allerdings ist die Maßnahme laut Gesetz zu beenden, wenn sich die „Lageerkennnisse“ der Polizei ändern. Betroffene können beim Verwaltungsgericht Hamburg klagen, wenn sie meinen, ein Gefahrengebiet sei zu Unrecht oder unnötig lange eingerichtet worden.

Von Anfang an war umstritten, ob die neue Befugnis mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Im Oktober 2012 entschied das Hamburger Verwaltungsgericht, dass die verdachtsunabhängigen Kontrollen in Gefahrengebieten verfassungskonform sind, wenn die Vorschriften eng ausgelegt werden. Anlass war die Ausweisung des Schanzenviertels als Gefahrengebiet am Vorabend des 1. Mai 2011, als mit Ausschreitungen gerechnet wurde.

Taschen sind nicht tabu

Bei einer verdachtsunabhängigen Kontrolle kann jeder durchsucht werden, der nach dem polizeilichen Lagebild als potenzieller Straftäter in Betracht kommt. Wenn es um linksradikale Angriffe auf die Polizei geht, kann also jeder durchsucht werden, den die Polizei für einen Autonomen hält. Auf einen Verdacht gegen die konkrete Person kommt es nicht an. Anders als bei einer bloßen Identitätsfeststellung dürfen im Gefahrengebiet auch die mitgeführten Sachen, zum Beispiel Taschen, inspiziert werden. Laut Verwaltungsgericht dürfen dabei aber keine Metalldetektoren und Spürhunde eingesetzt werden.

Aufenthaltsverbote können nur verhängt werden, „wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass diese Person dort eine Straftat begehen wird“. Die Speicherung als linker Straftäter genügt laut Verwaltungsgericht dazu ebenso wenig wie ein nur sprachlich aggressives Verhalten bei der Kontrolle.

Aufenthaltsverbote können maximal für sechs Monate verhängt werden und gehen damit über den punktuellen Platzverweis hinaus. Das Betreten der eigenen Wohnung muss immer möglich bleiben. Die Regelung der Aufenthaltsverbote im Hamburger Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (§ 12b) erfolgte ebenfalls 2005, normierte aber eine schon vorher übliche Praxis der Hamburger Polizei.

Quelle <http://www.taz.de/!130433/>

Polizei erklärt Teile Hamburgs zum "Gefahrengebiet"



04.01.2014

Immer wieder sind Polizisten in den vergangenen Wochen in Hamburg attackiert und verletzt worden. Nun hat die Polizei "zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten" ein größeres "Gefahrengebiet" eingerichtet. So sollen Verdächtige strenger kontrolliert werden. Von Grünen und FDP kommt Kritik.

Das "Gefahrengebiet" umfasst Teile von Altona, St. Pauli und der Sternschanze. Anderthalb Hundertschaften - sechs Polizeizüge - seien am Samstagnachmittag um 14.00 Uhr losgezogen, um in diesen Stadtteilen "relevante Personengruppen" zu kontrollieren, sagte eine Polizeisprecherin. Wie lang die Stadtteile "Gefahrengebiet" bleiben, sei von der Entwicklung abhängig, hieß es. Die Kontrollen sollten zunächst bis Sonntagmorgen dauern.

Grund für die verstärkte Überprüfung sind wiederholte Angriffe auf Beamte und polizeiliche Einrichtungen der SPD-regierten Hansestadt in jüngster Zeit. Erst am vergangenen Wochenende waren bei einem Anschlag auf die Davidwache an der Reeperbahn drei Beamte schwer verletzt worden.

Grüne kritisieren Generalverdacht

Die Grünen-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft kritisierte die Einrichtung des "Gefahrengebiets". Damit stelle man Tausende Menschen unter Generalverdacht, sagte die innenpolitische Fraktionssprecherin Antje Möller. "Das schränkt die Bewegungsfreiheit der Menschen massiv ein, gerade auch weil die Eingrenzung auf 'relevante Personengruppen' sehr viel Spielraum lässt." Hinzu komme die willkürliche Größe des Gebiets. Die Verhältnismäßigkeit müsse dringend überprüft werden.

Auch der innenpolitische Sprecher der Hamburger FDP-Fraktion, Carl-Edgar Jarchow, erklärte, man werde prüfen müssen, inwieweit die Maßnahme und der Umfang verhältnismäßig seien. Das Gesetz regle klar, dass ein "Gefahrengebiet" nur so lange ausgewiesen werden dürfe, wie es die

Lage erfordere. "Nach Äußerungen der Polizei erfordert es die Lage derzeit nicht, es besteht folglich kein Grund, das 'Gefahrengebiet' aufrechtzuerhalten", sagte Jarchow.

Sondersitzung des Innenausschusses geplant

Am kommenden Montag kommt der Innenausschuss der Bürgerschaft auf Antrag der Grünen zu einer Sondersitzung zusammen. Dann geht es um eine Aufarbeitung der Krawalle vom 21. Dezember, als während und nach einer Demonstration für den Erhalt des linken Kulturzentrums "Rote Flora" im Schanzenviertel 120 Polizisten und rund 500 Demonstranten verletzt wurden. Ein Polizeisprecher kündigte an, dass die Kontrollen im "Gefahrengebiet" mit Augenmaß durchgeführt würden. Es sei nicht beabsichtigt, Anwohner oder Besucher übermäßig zu belasten. "Gleichwohl wollen wir durch diese Maßnahme sehr deutlich machen, dass die Polizei Hamburg alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen wird, um Leib und Leben ihrer Beamten zu schützen."

Quelle: dpa <http://www.heute.de/polizei-kontrolliert-gefahrengebiet-in-hamburg-31356404.html>

Verfehlte Symbolpolitik in Hamburg: Panzer statt Hirn

Ein Debattenbeitrag von [Sebastian Hammelehle](#)



Polizeieinsatz im Schanzenviertel: Mit Knüppel und Helm

05.01.2014

Rechtlich korrekt ist nicht immer auch politisch richtig: In Hamburg lässt sich derzeit beobachten, wie falsche Symbolpolitik funktioniert. Olaf Scholz schafft sich große Probleme dort, wo zuvor nur kleine bestanden. Er kann mit diesem Kurs nur verlieren.

In Hamburg gibt es derzeit viele Konflikte. Jüngster ist die Diskussion um die Errichtung eines Gefahrengiets auf St. Pauli und den angrenzenden Vierteln. [Eine umstrittene Maßnahme](#), an deren Verhältnismäßigkeit sogar die in der Hansestadt nicht auffällig bürgerrechtsorientierte FDP Zweifel hegt. Doch ganz egal, wie man dazu steht, oder zur ewig jungen Frage, ob nun Polizisten oder doch Demonstranten [für die zunehmende Eskalation der Auseinandersetzungen](#) verantwortlich sind - es gibt einen ganz anderen Grund, warum Deutschlands Regierende derzeit auf die zweitgrößte Stadt des Landes schauen sollten: Lässt sich hier doch wie in einem Laborversuch beobachten, wie verfehlte Symbolpolitik funktioniert.

Vorausgegangen war der Errichtung des Gefahrengiets der [Angriff von 30 bis 40 verummten Autonomen auf die Davidwache](#) Ende Dezember 2013. Drei Polizisten wurden verletzt. Die Öffentlichkeit der Stadt reagierte mit Entsetzen, in einer Facebook-Aktion erklärten binnen weniger Tage über 50.000 Menschen ihre ["Solidarität mit den Beamten der Davidwache"](#). Trotzdem setzt die Hamburger Politik mit der Errichtung des Gefahrengiets nun die Bewohner von vier Stadtteilen - deren Einwohnerzahl entspricht insgesamt beinahe der einer Großstadt - einem Generalverdacht aus. Kontrolliert von Beamten mit Knüppel und Helm.

In ihrer grobschlächtigen Martialität ist diese Maßnahme fast schon rührend altbacken: Panzer statt Hirn. Der Senat kann dabei nur verlieren. Wirkt geballte Polizeipräsenz auf die zivile Öffentlichkeit doch ebenso irritierend, wie die kriegsähnlich hochgerüsteten Einsatzfahrzeuge, die bei den Demonstrationen auf Hamburger Straßen vorfahren, als gelte es den Angriff einer feindlichen Macht abzuwehren. Dazu kommt das strategische Problem, dass gewaltbereite Autonome sich in diesem asymmetrischen Konflikt wohl kaum mit Ausweiskontrollen werden besiegen lassen. Wie wenig sich die Angriffe von Militanten eingrenzen lassen, zeigten zuletzt die Attacken auf die

Villen von Hamburger Firmenchefs - die wohnen nicht auf St. Pauli und auch nicht im Schanzenviertel.

Gefahrengebiet Politik

Ähnlich schlecht durchdacht wie die Errichtung des Gefahrengebiets heute, war im Oktober 2013 der Kurs, den der Hamburger Senat [gegen die Gruppe der auf St. Pauli Kirchenasyl genießenden Lampedusa-Flüchtlinge](#) einschlug. Ausgerechnet in einem Monat, in [dem im Mittelmeer Hunderte Menschen ertrunken waren](#), setzte die regierende SPD auf Härte. Eine angesichts der friedlichen Situation in der Kirche nicht notwendige und zudem politisch schwer nachvollziehbare Maßnahme, angesichts derer man sich fragen konnte, ob in den Behörden der Hansestadt eigentlich irgendjemand die große Linie im Auge hat.

Zuständig dafür wäre Bürgermeister Olaf Scholz. Ausgestattet mit einer absoluten Mehrheit und für die vielen, vom CDU-Vorgängersensat hinterlassenen Altlasten - deren prominenteste die [Elbphilharmonie](#) ist - nicht verantwortlich, könnte Scholz eigentlich komfortabel regieren und war, ähnlich präsidial wie Angela Merkel auftretend, in der Stadt bislang populär.

Doch anders als die Kanzlerin hat Scholz offenbar noch nicht begriffen, dass nicht jede rechtlich korrekte Handlung auch politisch richtig ist. Angela Merkel ist eine Meisterin darin, emotional aufgeladene Themen ganz unauffällig für sich zu besetzen. Der Hamburger Senat hingegen hat nicht nur im Konflikt um die Lampedusa-Flüchtlinge wenig Gespür bewiesen, sondern auch im Streit um [die Räumung der symbolgeladenen Ezzo-Häuser an der Reeperbahn](#) das Konfliktpotential unterschätzt.

Die breite Solidarität, die die kleine Lampedusa-Gruppe in der Hansestadt genießt, steht für den Wunsch der bürgerlichen Öffentlichkeit nach einem humaneren Umgang mit Armutsflüchtlingen, der sich zuletzt auch in der Weihnachtsansprache von Bundespräsident Gauck manifestierte. Die Aufmerksamkeit für die Ezzo-Häuser für die weitverbreitete Sorge, dass die Mieten in beliebten Innenstadtvierteln bald nur noch für Reiche bezahlbar sind.

Eigentlich sozialdemokratische Themen. Es wäre für Scholz ein Leichtes gewesen, sie zu besetzen. Stattdessen verfiert er eine harte Linie, die der seit der Abwahl des Rechtspopulisten Schill friedlichen Stimmung in der Stadt nicht nur wenig gerecht wird - sondern auch Gefahr läuft, dort große Probleme zu schaffen, wo zuvor nur kleine bestanden. Gewinner dieser Entwicklung wird wohl kaum die Regierungspartei sein.

Auch Politik ist manchmal ein Gefahrengebiet. Und die Gefahren lauern nicht immer da, wo man sie vermutet.

Quelle: Spiegel-Online <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/ Gefahrengebiet-in-hamburg-verfehlte-symbolpolitik-a-941877.html>

Polizei reagiert auf Attacken: Der Kiez wird zum Gefahrenggebiet!

Von Thomas Hirschbiegel



Die Demo am 21. Dezember eskalierte. Es kam zu Straßenschlachten zwischen den Demonstranten und der Polizei. Foto: Patrick Sun

03.01.2014

Die brutalen Attacken auf Beamte der Davidwache – jetzt reagiert die Polizei. Ganz St. Pauli und große Teile von Altona, Eimsbüttel und der Sternschanze sind seit 6 Uhr früh zum Gefahrenggebiet erklärt worden. Auf unbestimmte Zeit darf die Polizei hier jetzt Kontrollen auch ohne konkreten Grund durchführen. Die MOPO beantwortet die wichtigsten Fragen zu der bundesweit einmaligen Maßnahme.

Was genau gehört alles zum Gefahrenggebiet?

Die Gefahrenzone reicht vom Schlump im Norden bis zur Elbe im Süden. Im Westen ist es durch die Bahngleise in Altona begrenzt und im Osten durch die Glacischaussee entlang des Heiligengeistfeldes.

Das genaue Gebiet sehen Sie auf dieser Karte:



Die rote Linie zeigt das von der Polizei eingerichtete Gefahrenggebiet.

Foto: Polizei Hamburg

Wer legt ein Gefahrengebiet fest?

Die Polizei im Rahmen der Gefahrenabwehr. Deswegen ist dafür in Hamburg auch keine richterliche Entscheidung notwendig.

Was ist die Rechtsgrundlage?

Paragraf 4 des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei. Im Absatz 2 heißt es dort: „Die Polizei darf im öffentlichen Raum in einem bestimmten Gebiet Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen, soweit aufgrund von konkreten Lagekenntnissen anzunehmen ist, dass in diesem Gebiet Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden und die Maßnahme zur Verhütung der Straftaten erforderlich ist.“ Auch Ingewahrsamnahmen und Platzverweise können die Beamten im Gefahrengebiet leichter vornehmen als im Rest der Stadt.

Was bedeutet das für die betroffenen Bewohner?

Die Polizei verspricht „Kontrollen mit Augenmaß“. Polizeisprecher Andreas Schöpflin: „Es ist nicht beabsichtigt, Anwohner oder Besucher des Vergnügungsviertels übermäßig zu belasten.“

Was will die Polizei erreichen?

Die Beamten wollen die linke Szene, aus deren Reihen die Täter kommen sollen, die [die Davidwache zwei Mal](#) und das [Revier Lerchenstraße](#) (St. Pauli) einmal attackierten, verunsichern. Polizeisprecher Schöpflin: „Wiederholt wurden Polizeibeamte und polizeiliche Einrichtungen angegriffen. Dabei sind Beamte zum Teil erheblich verletzt worden. Wir wollen deutlich machen, dass die Polizei Hamburg alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen wird, um Leib und Leben ihrer Beamten zu schützen.“

Wie lange gilt das Gefahrengebiet?

Auf unbestimmte Zeit. Nach MOPO-Informationen dürfte die Maßnahme bis zum Frühjahr dauern. Zuletzt waren [Teile der Schanze drei Monate lang Gefahrengebiet](#), damit die Polizei wirkungsvoller gegen Dealer vorgehen konnte. Bisher wurden Gefahrengebiete meist nur für einen Tag vor Demos eingerichtet. Zuletzt war das am 21. Dezember vor der [Krawall-Demo](#) der Fall. Damals wurde [die Innenstadt zum Gefahrengebiet](#) erklärt.

Was passiert am Sonnabend konkret?

Zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei rücken ins Gefahrengebiet ein und beginnen mit ersten Kontrollen.



Die Polizei umstellt am Sonntag die Davidwache, um weitere Angriffe zu verhindern.

Foto: Marius Röer

Was haben die Ermittlungen nach der Attacke auf die Davidwache, bei der einem Beamten (45) der Kiefer gebrochen wurde, bisher ergeben?

Wenig. Der zuständige Staatsschutz, der eine Ermittlungsgruppe eingesetzt hat, hat keine heiße

Spur. Ermittelt wird wegen versuchten Totschlags. Für Hinweise haben Generalstaatsanwalt Lutz von Selle und die Polizei 8000 Euro Belohnung ausgesetzt. Zeugenhinweise an: Tel. 428656789.

Gibt es weitere Pläne seitens der Polizei?

Ja. Sprecher der Polizeigewerkschaft kündigten bereits den Einsatz von Elektroschockern als Notwehr an.

Was sagt die Politik dazu?

Die Grünen üben scharfe Kritik am Gefahrengebiet. Antje Möller, innenpolitische Fraktionssprecherin, sagt: "Das schränkt die Bewegungsfreiheit der Menschen massiv ein." Durch die Einrichtung stelle man zudem tausende Menschen unter Generalverdacht, so Möller. Auch Carl Jarchow, innenpolitischer Sprecher der FDP, kritisierte die Einrichtung des Gefahrengebiets. Er verwies darauf, dass das Gesetz klar regle, dass das Gefahrengebiet nur so lange ausgewiesen werden dürfe, wie es die Lage erfordere. "Nach Äußerungen der Polizei erfordert es die Lage derzeit nicht, es besteht folglich kein Grund, das Gefahrengebiet aufrechtzuerhalten", sagte Jarchow.

Quelle: Morgenpost <http://www.mopo.de/polizei/nach-mehreren-angriffen-polizei-reagiert-auf-attacken--der-kiez-wird-zum-gefahrengebiet-,7730198,25786130.html>

5 wirklich gefährliche Gefahrengebiete. Satire

06.01.2014

Bis dato hielt man die Hamburger Innenstadt nur für ein Gefahrengebiet für Mieter von irgendwie bezahlbaren Wohnungen.

Ungeschützt waren sie dem Terror von Maklern und Vermietern ausgesetzt. Dafür hat sich in der SPD aber niemand interessiert. Warum auch? Das sind ja nur Hamburger Bürger. Stattdessen, werden nach den Angriffen auf die Davidwache durch Autonome ganze Stadtviertel und deren Bewohner unter Generalverdacht gestellt. Ein wahrhaft sozialdemokratisches Vorgehen.

Wir haben hier deswegen Vorschläge für 5 weitere Orte zusammengestellt, die ganz dringend zum Gefahrengebiet erklärt werden müssten:

Frankfurter Bankenviertel

Der schwarze Block aus schwarzen Anzügen, schwarzen Krawatten und schwarzen Zahlen (jetzt nicht mehr so oft) terrorisiert seit der Finanzkrise 2008 die gesamte Welt. Das ist ein klein wenig mehr als die Davidwache an der Reeperbahn – aber wer will schon so kleinlich sein? Wir jedenfalls nicht! Zu Schaden kamen nicht nur ein paar wenige Dienstwagen der Polizei, sondern es wurden auf der ganzen Welt Millionen Menschen in den Ruin oder Selbstmord getrieben. Die Verantwortlichen Banker mussten dafür hohe Strafen annehmen: Milliarden an Steuergeldern, um ihre Banken und Boni zu retten. Grund genug für die Frankfurter Polizei endlich knallhart durchzugreifen: Seit letzter Woche wurde das Frankfurter Bankenviertel zum Gefahrengebiet erklärt: Besonderes Augenmerk legt die Polizei auf Personen, die in Mercedes S-Klassen oder BMW 7ern unterwegs sind (so genannte „Auto“nome). Verdächtige tragen oft maßgeschneiderte Anzüge und Laptop-Taschen von Gucci. ACHTUNG: Sie sind bewaffnet – mit Hedge-Fonds und Derivaten.

Die Wiesn

Jedes Jahr reisen Krawall-Touristen aus aller Welt zu einer Gewaltorgie in die bayrische Landeshauptstadt. Sie kommen, um sich zu betrinken und begehen dann Gewalt- und Raubdelikte in außerordentlich hoher Zahl. Auch von unzähligen Vergewaltigungen ist unter Alkoholfluss die Rede. Dem Oberbürgermeister reicht es: Ab jetzt gilt die Nulltoleranz-Regel. Die Münchener Sicherheitskräfte erklären daher die Innenstadt um die Theresienwiese im September zum Gefahrengebiet. Verdächtige Personen tragen entweder Lederhose und seltsame Hüte oder sind im Dirndl unterwegs. Manche tragen Lebkuchenherzen mit Kampfparolen wie „Ich hab dich lieb“ oder „Du bist mein süßes Häschen“. Oft sind sie maßlos betrunken und neigen daher zu unkontrollierbarer Gewalt – auch gegen Polizeibeamte. Dabei setzen die Späßterroristen rücksichtslos Maßkrüge ein oder kotzen Beamte und damit den Staat an. Im Gefahrengebiet darf ohne richterlichen Beschluss bis auf weiteres alle Handydaten abgefragt werden – O’zapft is!

Der Reichstag

Eine Tätergruppe mit einem harten Kern von circa 600 staatsgewaltbereiten Abgeordneten sorgt mit seinen Entscheidungen dafür, dass Soldaten ihr Leben verlieren und Bürger ihre Existenz oder Privatsphäre. Sie setzen Waffen wie die Vorratsdatenspeicherung ein, um Menschen zu überwachen. Die Terror-Gruppen nennen sich harmlos Grüne, Sozial- oder Christdemokraten. In Wahrheit aber erhöhen sie nur Steuern, schicken deutsche Rüstungsgüter in alle Welt oder

verlängern Laufzeiten von Kohlekraftwerken. Der deutsche Reichstag ist Klimakiller Nummer 1 in diesem Land. Grund genug endlich durchzugreifen und den Reichstag zum Gefahrengebiet zu erklären. Die mutmaßlichen Täter tragen schlecht sitzende Anzüge, in Ausnahmefällen Micky Maus Krawatten oder Schlandketten. Besonders perfide: Bei Kontrollen berufen sie sich auf ihren Immunitäts-Status als Abgeordnete. Der Anführer der Gruppe nennt sich scheinbar Gott, denn die Anführer im Reichstag haben wiederholt bei der Ausführung ihrer Gewalttaten von „so wahr mir Gott helfe“ gesprochen. Für Hinweis, wo sich dieser Gott aufhält ist eine Belohnung von 2,1 Milliarden Euro ausgesetzt.

Das Dschungelcamp

Seit 30 Jahren macht RTL Krawall-TV. Besonders eklig wird es jedes Jahr im Januar, wenn im Dschungelcamp verzweifelte Hartz 4 Empfänger mit irgendeinem Bekanntheitsgrad (bei Stern TV im Publikum gegessen) alles für Geld tun. Diese gekauften Radaubröder und -schwwestern machen wirklich alles für Geld, um die Ruhe der Bevölkerung zu stören: sie essen Maden, lassen sich mit Kakerlaken überschütten oder schwimmen in Fischabfällen. Dies alles getarnt als harmlose Dschungelprüfungen. Die australische Polizei hat deswegen das 600.000 Quadratkilometer große Gebiet um das Dschungelcamp zum Gefahrengebiet erklärt. In der Pressemitteilung heißt es: „Wir wollen weitere Angriffe auf den guten Geschmack, durch die Terror-Organisation RTL unterbinden.“ Verdächtige Personen tragen einen Hut, Stiefel und kurze Hosen. Neben geringer Bekleidung, zeichnen sie sich zudem durch geringe Bildung aus. Ihr geheimer Code lautet: „Ich bin ein Star – holt mich hier raus!“ Hinweise nimmt die Polizei unter der Rufnummer 01379-2014- (und dann die Endziffer ihre Favoriten im Gefahrengebiet) entgegen.

Das Internet

Porno. Gewaltspiele. Betrug. Nein, wir sprechen nicht von einem normalen Abend in der Residenz von Berlusconi. Es geht um die Mutter aller Datenautobahnen: das Internet. Ganz ehrlich: gibt es für den modernen Menschen einen gefährlicheren Raum? Natürlich nicht. Daher entschied das Innenministerium kurzerhand, das Internet zu einem Gefahrengebiet zu erklären, nachdem es in letzter Zeit zu häufigen DDoS-Attacken gekommen ist. „Wir nehmen die Sicherheit unserer Bürger ernst und möchten dies damit zum Ausdruck bringen, indem wir das Internet zum Gefahrengebiet erklären“, so ein Sprecher des Innenministeriums. Gewarnt wird insbesondere vor übergewichtigen, blassen Personen, die sich selbst als Nerds oder Geeks bezeichnen. Diese Gruppe macht rücksichtslos von Noname Chips und Billig-Limonaden Gebrauch. Sie sind ständig im Internet unterwegs, tarnen sich als junge gutaussehende Mädchen und erschleichen so das Vertrauen von anderen jungen gut aussehenden Mädchen, die eigentlich dicke Stubenhocker sind.

Quelle: Der Freitag <http://www.freitag.de/autoren/siegstyle/5-wirkliche-gefahrliche-gefahrengebiete>

Gefahrengebiet in Hamburg

"Klo, Klo, Klobürsteneinsatz"

In Hamburg gibt es ein neues Symbol für den Widerstand gegen das umstrittene "Gefahrengebiet": die Klobürste. Demonstranten führen den Schrubber mit sich und skandieren "Klo, Klo, Klobürsteneinsatz". St. Pauli bleibt widerborstig.

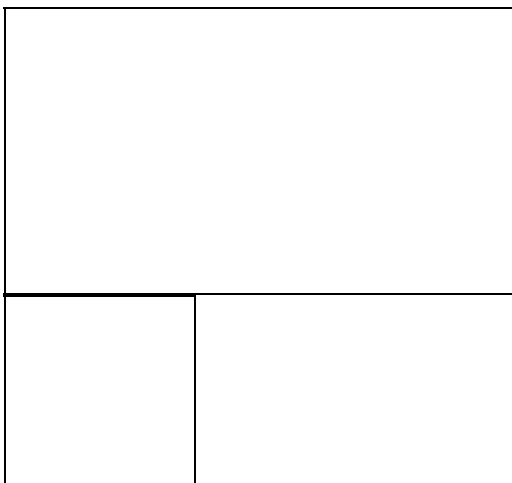
Von Patrick Gensing, www.tagesschau.de

Während mittlerweile auch überregionale Medien das umstrittene "Gefahrengebiet" in Hamburg thematisieren und kommentieren, hat sich in St. Pauli ein neues Symbol des Widerstands entwickelt: die Klobürste.

Einige Leute wollten sich einen Spaß aus den Kontrollen machen und die polizeiliche Maßnahme ad absurdum führen. Daher packten sie kleine Tüten mit Petersilie, schmutzige Unterwäsche oder Gurken mit Zündschnur in ihre Rucksäcke, um das von der Politik und auch vielen Medien skizzierte Bild des "Demo-Terrors" ("Bild"-Zeitung) zu konterkarieren.

Ein junger Mann steckte sich eine Klobürste in die hintere Hosentasche. Tatsächlich wurde er - wie viele andere Personen - von der Polizei kontrolliert. Am 7. Januar zeigte das nachtmagazin Bilder, wie der Unbekannte mit erhobenen Händen durchsucht wird - und ein Polizist in voller Montur die Klobürste hervorzieht.

[Fiete Stegers, NDR-Netzexperte](#), war einer der ersten, der die kuriose Szene in dem Bericht entdeckte und via Twitter teilte. Ob er damit der Urheber ist, lässt sich nicht mehr eindeutig nachvollziehen, auf jeden Fall nimmt die Legende von der Klobürste seitdem [ihren Lauf in den sozialen Netzwerken](#).



Der berühmte Totenkopf des FC St. Pauli wurde von Unbekannten mit Klobürsten versehen.

Bilder mit Meister Yoda von Star Wars, [der eine Klobürste wie ein Laser-Schwert hält](#) und dabei sagt: "Das Gefahrengebiet wir beenden müssen!" oder ein Totenkopf mit gekreuzten Klobürsten verbreiten sich in rasender Geschwindigkeit. Im Netz mutierte die Polizei zur "Klolizei" und bei einer Spontandemonstration am Mittwochabend skandierten viele Menschen: "Klo, Klo, Klobürsteneinsatz!"

Bei einem Supermarkt am nördlichen Rand des Gefahrengebiets gebe es noch einige wenige Klobürsten, hieß es gestern Abend bei Twitter. Das Toiletten-Werkzeug ist gefragt wie nie, denn die Klobürsten-Aktion soll das Selbstbild symbolisieren, das viele St. Paulianer von sich haben: kreativ, unkonventionell und widerborstig.

Quelle: Tagesschau <http://www.tagesschau.de/inland/klobuerste100.html> dort auch Videos

AG Kritischer Polizisten (Hamburger Signal)

Pressemitteilungen

Hamburg, 5. Januar 2014

Rote Flora: Politische Führung? Findet nicht statt.

Wir Kritischen PolizistInnen wurden seit dem 21.12.2013 vielfach gebeten und aufgefordert, unsere Sicht zu den Gewalthandlungen, Übergriffen und der weiter nach oben schraubenden Eskalation zu machen. Aus unserer Pressemitteilung "Rote Flora, Politik und Polizei" wird zum Teil ersichtlich, wie die Realitäten liegen: Es handelt sich nicht bloß um ein Komplettersagen der Hamburger Innenpolitik, sondern mit durch die Straßen getriebenen Polizeieinheiten, hoher körperlicher Verletzungen, Sachbeschädigungen an gut situierten Häusern der Elbchaussee (und mehr!), sowie weiteren Objekten wie dem Bezirksamt Eimsbüttel, um einen seit 2001 langsam - aber stetig - durch Politik und Polizei entwickelten Flächenbrand. Die polizeiliche Kraftmeierei hat jetzt die Geister die sie rief gegen sich. Andere Kraftmeier.

Der Einsatz vom 21.12.2013 selbst, eine angemeldete Demonstration von Anbeginn einzukesseln, zur Kundgebung zu machen (ohne Auflösungsverfügung bzw. Verbot!) ist so ziemlich das Dämlichste was sich eine Polizeiführung erlauben kann. Eigentlich. Aber in Hamburg gelten seit Schill/Ole von Beust und (unvergessen) Schwarz-Grün andere Regeln. Die vorstehende "Zwischenbilanz" wird von über 700 verletzten Menschen sowie einzelner krasser Gewaltexzesse und einem durch und durch gescheiterten Einsatzkonzept am 21.12.13 sowie der Tage danach überkrönt. Dass die Zerschlagung der Demonstration vom 21.12.2013 rechtswidrig war, scheint nur noch untergeordnet zu interessieren. Wenn überhaupt.

Wer solchen Dilettanten (Polizeiführung, Einsatzleitung) dann auch noch die bedingungslose Unterstützung zukommen läßt, dem ist wohl nicht mehr zu helfen:

- Der Innensenator, zu dem wir Kritische zu Beginn seiner Amtszeit auf unserer Sonderseite "Hamburger Innenpolitik" eigentlich alles Mitteilenswerte formulierten, gefällt sich in der Rolle des weiteren Scharfmachers und reist dieser Tage an Revierwachen als Grußonkel, Kaffeerundenteilnehmer und Kümmerer herum. Politische Führung sieht anders aus.
- Bei der Versammlung des Ehrbaren Kaufmanns am letzten Tag in 2013 sprach der Präses der Handelskammer, Horst Melsheimer, vor 2000 Gästen davon, dass der "gewalttätige Vandalismus" nicht hinzunehmen sei und davon, dass jetzt ein "entschiedenes Eintreten des wehrhaften Rechtsstaats" notwendig sei. Der Polizei Hamburgs dankte er für ihren Einsatz. Auch für diesen rechtswidrigen Einsatz am 21.12.13! - Ja, hat denn die Handwerkskammer in ihrem Stab niemanden, der den Händlern mal erklären kann, was die Polizei angerichtet hat? Gerade rechtsstaatlich.
- Und der Bürgermeister Olaf Scholz schlich mit seiner Stellvertreterin, Frau Stapelfeldt (auch SPD) wie devot eilig nach dem von ihm gegebenen Neujahrsempfang für alle Bürger, Vereine und Verbände im Rathaus vor das Rathaus, um den Polizeigewerkschaften seine Ehrerbietung darzubringen. Wer Protokollfragen kennt, weiß was dies bedeutet. Es ist die Verkehrung der Rollen.

Die nächsten Eskalationsstufen werden zielstrebig angestrebt. Herzlichen Glückwunsch, Hamburg, zu dieser Innenpolitik unter ihrer Polizei.

Wer Näheres zu den Taten von Politik, Polizei, aber auch den Medien und anderen Akteuren erfahren möchte, kann in unserer Pressemitteilung, die - wie schon die meisten zu der NSU-Mord-Terror-Sprengstoff-Serie - keine klassische PM darstellt, mehr erfahren:

- ["Rote Flora, Politik und Polizei"](#)

Thomas Wüppesahl, Bundessprecher

Polizeipresseportal und anderes

Die Grenzen des Gefahrengebietes:

<http://www.presseportal.de/showbin.htx?...6und21.pdf>

Polizeipresseportal:

03.01.2014 | 16:43 Uhr

POL-HH: 140103-3. Wiederholte Angriffe auf Polizeibeamte und polizeiliche Einrichtungen - Polizei Hamburg richtet Gefahrengebiet ein

Hamburg (ots) - Zeit: 04.01.2014, ab 06:00 Uhr, lageabhängig bis auf Weiteres Ort: Teile von Hamburg Altona, St. Pauli und Sternschanze

In den vergangenen Wochen wurden wiederholt Polizeibeamte und polizeiliche Einrichtungen angegriffen. Hierzu zählen insbesondere der Angriff am 12.12.2013 auf das Polizeikommissariat 16 und die beiden Angriffe vom 20.12.2013 und 28.12.2013 auf die Davidwache. Dabei sind Polizeibeamte zum Teil erheblich verletzt worden. Aber auch in den Tagen vor, während und nach der Demonstration zum Thema: "Selbstorganisation statt Repression! Refugee-Bleiberecht, Esso-Häuser und Rote Flora durchsetzen!" sind Polizeibeamte und polizeiliche Einrichtungen massiv angegriffen worden.

Vor diesem Hintergrund richtet die Hamburger Polizei zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten ab dem 04.01.2014, 06:00 Uhr, ein Gefahrengebiet ein. Dadurch können relevante Personengruppen einschließlich ihrer mitgeführten Sachen überprüft und aus der Anonymität geholt werden. Die Kontrollen werden wie gewohnt mit Augenmaß durchgeführt und es ist nicht beabsichtigt, Anwohner oder Besucher des Vergnügungsviertels übermäßig zu belasten. Gleichwohl wollen wir durch diese Maßnahme sehr deutlich machen, dass die Polizei Hamburg alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen wird, um Leib und Leben ihrer Beamten zu schützen.

Das Gefahrengebiet hat folgende örtliche Begrenzungen:

Nördliche Begrenzung Holstenkamp, Pinneberger Weg, Eimsbütteler Straße, Altonaer Straße, Kleiner Schäferkamp und Schröderstiftstraße

Östliche Begrenzung Karolinenstraße, Glacischaussee, Helgoländer Allee

Südliche Begrenzung durch die Elbe

Westliche Begrenzung Max-Brauer-Allee und dann entlang der Gleise der Deutschen Bahn AG

Das Gefahrengebiet gilt einschließlich der aufgeführten Straßenzüge.

In dem Gefahrengebiet können Polizeibeamte lageabhängig Personen und mitgeführte Sachen kontrollieren, Platzverweise erteilen, Aufenthaltsverbote aussprechen und Personen in Gewahrsam nehmen.

Eine grafische Darstellung des Gefahrengebietes ist dieser Meldung als Datei angehängt.

Für Hinweise auf die Täter im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Davidwache am 28.12.2013 haben der Generalstaatsanwalt und die Polizei Hamburg inzwischen eine Belohnung in Höhe von 8.000 Euro ausgesetzt.

Sch.

Rückfragen bitte an:

Polizei Hamburg
Polizeipressestelle, PÖA 1
Andreas Schöpflin
Telefon: 040/4286-56211
Fax: 040/4286-56219
E-Mail: polizeipressestelle@polizei.hamburg.de
www.polizei.hamburg.de

[http://www.presseportal.de/polizeipress ... n-polizei/](http://www.presseportal.de/polizeipress...n-polizei/)

Verschiedene Artikel:

[http://www.blu-news.org/2014/01/04/gefa ... n-hamburg/](http://www.blu-news.org/2014/01/04/gefa...n-hamburg/)
[http://www.grundrechte-kampagne.de/kamp ... hrencegebiet](http://www.grundrechte-kampagne.de/kamp...hrencegebiet)
<https://www.facebook.com/Davidswache?fref=ts>
[http://www.publikative.org/2014/01/05/g ... avidwache/](http://www.publikative.org/2014/01/05/g...avidwache/)